



Niederschrift

18. Sitzung Haupt- und Finanzausschuss
10. März 2026, 16:30 Uhr
öffentlich
Bürgersaal, Rathaus Marktplatz
Vorsitz: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

Punkt 3 der Tagesordnung: Gesellschaftliches Empowerment – Ehrenamtskultur in Karlsruhe neu aufstellen

Antrag: CDU

Vorlage: 2026/0017

Beschluss:

Mit Stellungnahme erledigt

Abstimmungsergebnis:

Keine Abstimmung

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 3 zur Behandlung auf und teilt mit, der Antrag sei aus der Gemeinderatssitzung vom 24. Februar 2026 verwiesen worden.

Stadtrat Hofmann (CDU) stellt fest, in Karlsruhe gebe es eine hervorragend funktionierende Ehrenamtskultur. Seine Fraktion sei mit der Antwort einverstanden. Man wolle lediglich das Thema noch einmal ansprechen. Gerade mit der Ehrenamtskarte habe man einen weiteren Schritt in die richtige Richtung getan. Die Anerkennung des Ehrenamtes liege seiner Fraktion am Herzen. Es sei wichtig, um weiter Menschen zu animieren, sich ehrenamtlich zu engagieren.

Stadträtin Fahringer (GRÜNE) meint, Ehrenamt sei unverzichtbar. Das Ehrenamt sei im Wandel. Es brauche Möglichkeiten, auch spontane, kurzfristige Ideen besser zu unterstützen, beispielsweise in der Quartiersarbeit. Aber auch im Bereich der Kinderbetreuung, Betreuung in den Randzeiten müsse man über Ehrenamtsstrukturen nachdenken, auch wenn die gesetzlichen Hürden aktuell sehr hoch seien. Diese beiden Bereiche seien ihr ein persönliches Anliegen, im neuen Leitbild noch einmal anders verankert zu wissen.

Stadtrat Tröndle (SPD) ist dankbar über die verschiedenen Aufgabenfelder, die definiert wurden. Für ihn sei wichtig, über andere Formen nachzudenken. Man müsse auch darüber nachdenken, wie man dem entgegenwirken könne, dass Menschen, die keinen dicken Geldbeutel hätten, weniger engagiert seien, als die mit einem etwas größeren Geldbeutel. Es

hänge auch viel mit Bildung zusammen. In früheren Zeiten sei so gewesen, dass Menschen sich ein Leben lang ehrenamtlich engagierten. Das sei heute nicht mehr der Fall, weshalb die Ehrenamtsquote rapide absinke. Hier brauche es Lösungen, damit die Menschen, statt sich aufs Rad zu setzen, auf den Berg zu klettern oder ins Fitnessstudio zu gehen, wieder in Initiativen oder Vereinen zu engagieren.

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD) weist darauf hin, die CDU habe beantragt, dass die neue Ehrenamtsförderung das Ziel verfolge, Möglichkeiten zu identifizieren, um bisherige Ausgaben für freiwillige Leistungen zu reduzieren. Die Verwaltung habe positiv darauf geantwortet. Welche konkreten Ideen steckten dahinter.

Stadträtin Berghof (Die Linke) sieht ein Problem mit Punkt 2 des Antrags. Man müsse aufpassen, dass ehrenamtliche Arbeit nicht als Ersatz für hauptamtliche Arbeit gesehen werde und nicht zu billiger Arbeitskraft verkomme.

Der Vorsitzende versteht die Antwort der Verwaltung auf den Satz 2 so, dass man nicht der CDU-Fraktion widersprechen wolle, aber trotzdem einen leisen Zweifel hege, ob es der richtige Weg sei, auf die Ehrenamtlichen zuzugehen. Man habe es so formuliert, dass deutlich werde, man sammle zunächst das Interesse am Ehrenamt ein. Wenn man dann merke, dass das ein Potential entwickle, mit dem man dann etwaige Reduktionen vornehmen könne, dann könne man sich darüber verständigen, ob das Ehrenamt so verlässlich und vor allem verbindlich sei, dass man dann wirklich von bestimmten Leistungen etwas zurückgehe. Darüber könne man sich verständigen.

Er beobachte ebenfalls teilweise die gesellschaftliche Entwicklung, die Herr Stadtrat Tröndle angesprochen habe. Es sei eher die Tendenz, spontan eine Aufgabe zu übernehmen, und weniger verlässlich dauerhaft Ämter zu bekleiden. Die Erwartung, dass man als Stadt Lösungen finde, könne er nicht übernehmen. Man könne es gerne in den entsprechenden Foren diskutieren. Ihm sei wichtig, dass man in der Stadtverwaltung eine positive Kultur der Wertschätzung des Ehrenamts in allen Bereichen bekomme, gleichzeitig wisse, wo es in den einzelnen Fachbereichen bereits Ehrenamt gebe und wo man dieses noch stärker unterstützen könne. Man müsse das Verständnis und die Begeisterung für das Ehrenamt auch durch die Art und Weise, wie man mit Ehrenamt umgehe, fördern. Mehr könne man als Stadt nicht versprechen.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, stellt er fest, der Antrag sei damit erledigt.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin: